

Kultusminister Busemann (CDU) beschimpft ältere Lehrkräfte

„Politikmüll im Kopf und keinen Spaß am Job“

Bislang war es allgemeine Praxis der Landesregierung einerseits den Lehrkräften wie anderen Landesbeschäftigten auch zwar reichlich zusätzliche Lasten aufzubürden und erhebliche Verschlechterungen bei Arbeitsbedingungen und Einkommen zuzumuten, andererseits aber nicht mit plakativem Lob für sie zu geizen. Zumindest in diesem letzten Punkt unterschied man sich deutlich von einem SPD-Ministerpräsidenten, der seinerzeit glaubte die Lehrkräfte als „faule Säcke“ beschimpfen zu müssen.

Mit einer Lehrerbeschimpfung für Schlagzeilen gesorgt

Hatte doch Ministerpräsident Wulff in seiner Regierungserklärung im März 2003 gleichsam kategorisch festgestellt: „Wir müssen mehr in die Menschen investieren, die unsere Kinder ausbilden – die vielen Lehrerinnen und Lehrer im ganzen Land. Sie fühlen sich oft alleine gelassen, wenn sie um Unterstützung für ihre Arbeit werben. Sie verdienen unseren Respekt, unsere Anerkennung und – ja, auch dass muss man öffentlich aussprechen dürfen: unser Lob und unser Vertrauen.“ Niemand musste also damit rechnen, dass ein Mitglied der Landesregierung, Kultusminister Busemann, mit einer Lehrerbeschimpfung für Schlagzeilen sorgen würde.

Am 30. August 2005 berichtete die Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ) über den Besuch des Ministers am Tag zuvor in einer Tischlerei in Osnabrück-Eversburg. Er habe das „unternehmerische Ethos“ des Ausbildungsbetriebs gelobt und diejenigen kritisiert, die behaupteten, Deutschland tue nichts für die Bildung. Man vergesse dabei, was die Wirtschaft leiste. An die Schulen habe er dagegen eine Forderung gehabt. Diese müssten eigenverantwortlicher werden, „wenn wir besser werden

wollen“. Der Kultusminister setze ganz auf die jüngeren Lehrer, die im Gegensatz zu ihren älteren Kollegen offener für Innovationen seien. Die nächste Lehrergeneration habe „keinen Politikmüll im Kopf und Spaß am Job“.

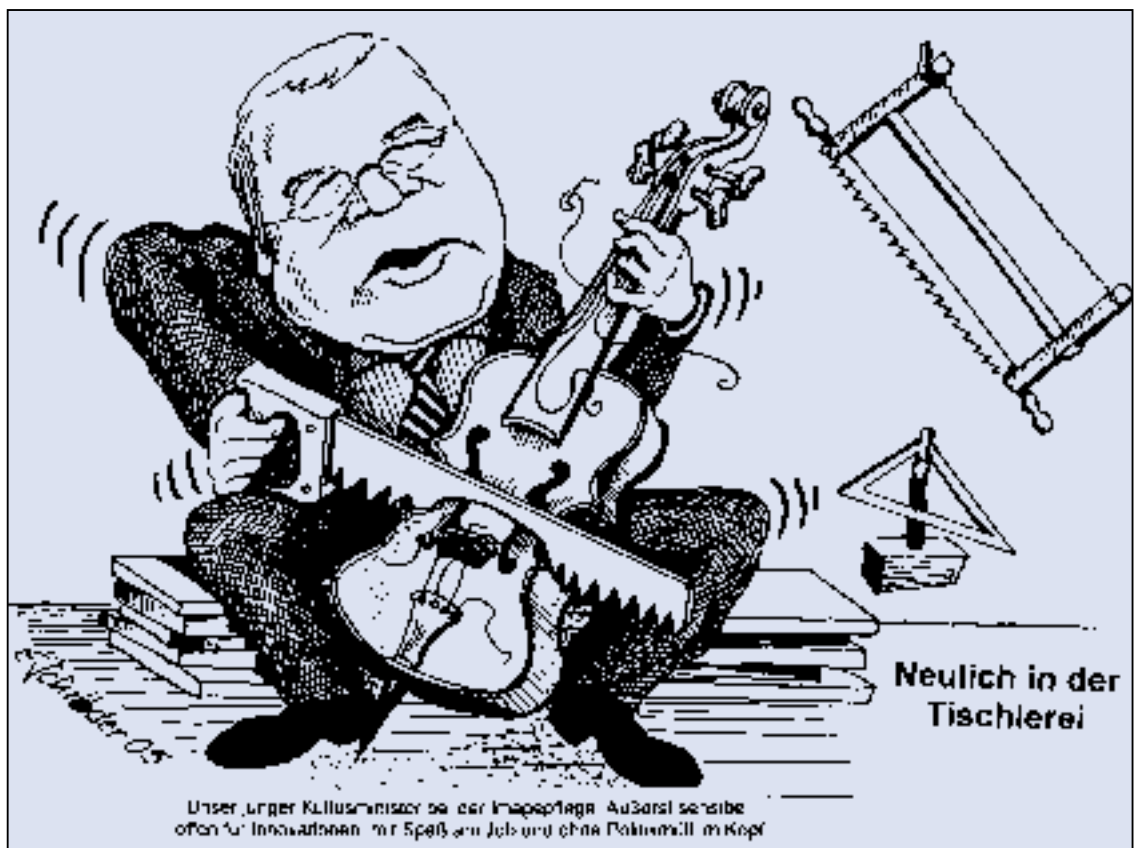
Welcher Teufel hatte den sonst ja für andere Töne bekannten Minister geritten, welches niedersächsische Ross war da mit ihm durchgegangen?

Am Tag darauf berichtete die NOZ auf Seite 1 über den Wirbel, für den Busemanns Äußerung gesorgt hatte, und zitierte aus der Kritik von SPD und GEW. Busemann mache seit geraumer Zeit Politik auf dem Rücken der Pädagogen. Jetzt beschimpfe er sie auch noch, so SPD-Schulexperte Claus-Peter Poppe. Es sei eine Unverschämtheit, den älteren Lehrkräften pauschal Motivationsdefizite und Innovationsfeindlichkeit zu unterstel-

len. Aus der GEW-Stellungnahme wurde der erste Satz: „Wenn er das so gesagt hat, ist das hochgradig borniert.“ wiedergegeben.

Welcher Teufel hat Busemann geritten?

Ein Sprecher des Kultusministeriums hatte inzwischen versucht, das Ganze als ein Wahlkampfmanöver der SPD hinzustellen. Der Minister habe zu keiner Zeit pauschale Lehrerbeurteilungen oder gar -beschimpfungen von sich gegeben. Vielmehr habe er darauf hingewiesen, mit der Abschaffung der Orientierungsstufe sei eine dreißigjährige ideologisch-politisch geprägte Auseinandersetzung beendet worden. In diesem Kontext habe er sich lobend über die junge Lehrergeneration geäußert, die ideologisch unbelastet und mit Spaß an der Arbeit sei. Dies rechtfertige je-



doch keinen Umkehrschluss bezüglich älterer Lehrkräfte.

Teilnehmer bestätigen die Wortwahl des Ministers

In der Tat muss aber davon ausgegangen werden, dass Busemanns Worte wie berichtet gefallen sind. So wies die NOZ auch darauf hin, dass der an der Diskussion in der Osnabrücker Tischlerei beteiligte Kreishandwerksmeister Hune die Wortwahl des Ministers bestätigt habe.

Die Landtagsgrünen kündigten eine Kleine Anfrage an. „Wir warten mit Spannung darauf, ob wir in der Antwort auf unsere parlamentarische Initiative Auskunft darüber erhalten, ob Herr Busemann den Schulen für den Umgang mit Politik eine neue Leitlinie an die Hand geben und ob zum Beispiel angeordnet wird, dass Lehrkräfte in Zukunft mit schwarzen Brillen unterrichten sollen“, so die Abgeordneten Ina Korter und Dorothea Steiner.

Die Äußerungen Busemanns sind nicht hinnehmbar. Sie wurden und werden von der GEW schärfstens zurückgewiesen. Jedweder Versuch, jüngere und ältere Lehrkräfte gegeneinander auszuspielen, wird nicht fruchten. Weder sind jüngere Lehrkräfte per se unpolitisch noch ältere innovationsfeindlich oder haben diese keinen Spaß mehr an ihrem Job. Glaubt ernsthaft jemand, das an chronischer

Unterausstattung mit Ressourcen leidende und mit ständig wachsenden gesellschaftlichen Handlungsanforderungen bestürmte System Schule wäre ohne motivierte und engagierte Lehrkräfte, aber auch Sozialpädagoginnen und -pädagogen und andere Beschäftigte aller Altersgruppen überhaupt funktionsfähig?

Mit ihrem überzeugenden Votum bei den Personalratswahlen 2005 haben jüngere wie ältere Lehrkräfte klargestellt, dass sie die Kritik der GEW an den Arbeitsbedingungen und der herrschenden Schulpolitik unterstützen.

Schule ist keine Privatangelegenheit irgendeiner Partei

In der politischen, von Politik gestalteten Institution Schule können Lehrkräfte nicht wirklich unpolitisch sein. Auch wer darauf verzichtet, sich um die politischen Hintergründe, Bedingungen und Bedeutungen der eigenen Arbeit zu kümmern, handelt damit in bestimmter Weise als politisches Individuum. Politiker, die solchen Verzicht einfordern, verlangen damit nur, dass die Lehrkräfte und andere Beschäftigte willig alles hinnehmen und mitmachen, was ihnen zugemutet wird.

Die Schule ist nicht die Privatangelegenheit irgendeiner Partei oder der Administration, sondern wie diese von öffentlichem In-

teresse. Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und -pädagogen und andere werden sich weder als Beschäftigte noch als Staatsbürger politisches Nachdenken, Diskutieren und Handeln untersagen lassen. Offenbar hält wie manche vor ihm auch dieser Minister nur seine Sicht für wahr und alles andere für ideologisch, was nicht gerade für jemand spricht, der auch für politische Bildung zuständig ist.

Busemann gefährdet die eigene Stellung

Oder brach da der Frust aus ihm heraus, dass das unter der wohlklingenden Parole von mehr Eigenverantwortlichkeit betriebene Projekt einer Bertelsmannisierung der Schulen, der Durchsetzung von mehr Wirtschaftsförmigkeit im primär pädagogischen Unternehmen Schule nicht wie gewünscht vorankommt, sondern weithin auf Ablehnung stößt – und zwar nicht nur bei der GEW, sondern auch bei den bekannt konservativen Philologen?

Es wundert einen schon, dass ein mit vielen Wassern gewaschener Politiker wie Busemann durch eine so falsche und dümmliche Bemerkung es riskiert, seine eher starke Stellung in der Landesregierung zu schwächen. Durch den Beifall einiger noch dümmlicherer Stammtische würde dieses mit Sicherheit nicht aufgewogen. RICHARD LAUENSTEIN

Wie man das Personalvertretungsgesetz außer Kraft setzen kann, ohne es abzuschaffen



EIN KOMMENTAR
VON
EBERHARD BRANDT

Während das Kultusministerium in diesen Wochen an der neuen Konzeption für Aufgaben und Struktur der Schulverwaltung und für die „Eigenverantwortliche Schule“ arbeitet, drohen durch Entschei-

dungen der Landesschulbehörde Fakten geschaffen zu werden, die in der Praxis der Personalvertretung weitreichende Folgen haben. Nun interessiert es die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen nicht besonders, ob die Zahl der von schulfachlichen Dezernentinnen und Dezernenten betreuten Schulen verdoppelt, verdreifacht oder vervierfacht wird. Und ob die Personalführung zwischen zwei Abteilungen der Landesschulbehörde aufgeteilt wird, ist den meisten wohl auch ziemlich egal. Es sollte aber interessieren.

Der Personalabbau hat in der Abteilung Hannover der Landesschulbehörde dazu geführt, dass das Dezernat 10 nicht mehr in der Lage ist, die Personalmaßnahmen für alle Lehrkräfte und die anderen Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter zu bearbeiten. Die Landesschulbehörde ordnete an, dass bei Personalmaßnahmen der nicht pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Zukunft weiterhin die Fach-Dezernate in Hannover bei Einstellungen, Abordnungen, Versetzungen, Entlassungen den fachlichen Teil bearbeiten und dass aber alle arbeits- und beamtenrechtlichen Aspekte des Verfahrens im Dezernat 10 in Lüneburg bearbeitet werden sollen.

Wo ist nun der Ort der Mitbestimmung? Zuständig ist weiterhin der Schulbezirkspersonalrat in Hannover. Er soll sich in Hannover mit den Fachdezernaten beraten und in Lüneburg an Einstellungsgesprächen teilnehmen und all das erledigen, was im verfahrensrechtlichen und arbeitsrechtlichen Sinn zur Mitbestimmung nach dem Personalvertretungsgesetz gehört. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dezernats hätten keine Zeit zu diesem Zweck von Lüneburg nach Hannover zu fahren, wurde verkündet. Den Mitgliedern des Schulbezirkspersonalrats geht es aber genauso. Ein Diensthubschrauber wurde nicht angeschafft.

Durch die Verlagerung der Dezernate 9 und 10 nach Lüneburg wird eine effektive Wahrnehmung der Mitbestimmung praktisch unmöglich gemacht. Damit wird das Personalvertretungsgesetz faktisch außer Kraft gesetzt, ohne dass an seinem Wortlaut nur ein Jota geändert würde.

Zurzeit betrifft dies nur einen kleinen Teil der Beschäftigten im Schuldienst Niedersachsens. Das Beispiel könnte aber Schule machen. In den Papieren zur Eigenverantwortlichen Schule wird der Gedanke verfolgt, das Dezernat der Schuljuristen könnte zentralisiert oder gar als Serviceagentur organisiert werden. Dann wäre der Kern des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes, die Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten für alle Schulbezirkspersonalräte, ausgehebelt.

Die GEW bleibt bei ihrer Forderung, bei einer neuen regional wirksamen Schulbehörde für alle Schulformen und Beschäftigtengruppen alle Aufgaben schulfachlicher, schulpsychologischer, planerischer und schulrechtlicher Art zusammenzufassen. Kultusministerium und Landesschulbehörde sind aufgefordert, rasch klarzustellen, dass das Personalvertretungsgesetz weder abgeschafft noch ausgehöhlt werden soll. Das notwendige Personal – d.h. Schuljuristen und Verwaltungskräfte – der Abteilung Hannover muss wieder bereit gestellt werden, damit die Personalführung dort vollständig geleistet werden kann. Um es ganz deutlich zu sagen: Dass die Schulbezirkspersonalräte ihre Mitbestimmungsrechte effektiv wahrnehmen können, hat für die GEW zentrale Bedeutung.